



SPD-STADTVERORDNETENFRAKTION DARMSTADT

SPD-Fraktion | Postfach 11 14 02 | 64229 Darmstadt

Wissenschaftsstadt Darmstadt
Büro der Stadtverordnetenversammlung
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Birgit Pörtner
Luisenplatz 5a
64283 Darmstadt

SPD-Stadtverordnetenfraktion
Darmstadt
Wilhelminenstr. 7a
64283 Darmstadt

Fon: 06151 – 2 79 02 75
Fax: 06151 – 2 79 02 71
info@spdfraktion-da.de
www.spdfraktion-da.de

Sparkasse Darmstadt
IBAN DE46 5085 0150 0008 0063 77
BIC HELADEF1DAS

Antrag

Aufhebung der Straßenbeitragssatzung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Basierend auf der Neuregelung des Hessischen Kommunalabgabengesetzes (KAG HS) verzichtet die Wissenschaftsstadt Darmstadt künftig darauf, von anliegenden Grundstückseigentümern Straßenbeiträge für den Aus- und Umbau von bereits endgültig hergestellten Erschließungsanlagen zu erheben. Die Straßenbeitragssatzung wird damit obsolet und ist aufzuheben.

Um die Einnahmeausfälle auszugleichen, ist das Land Hessen in die Pflicht zu nehmen. Daher wird der Magistrat beauftragt, beim Land auf eine Finanzierung der kommunalen Straßen aus allgemeinen Steuermitteln zu drängen. Hierfür bedarf es einer Investitionspauschale in Höhe von 60 Millionen Euro, die im Landeshaushalt 2019 einzuplanen sind. Diese Mittel sind den Kommunen für die Sanierung ihrer Straßen zuzuweisen.

Begründung:

Kommunale Straßen, Wege und Plätze sind Teil der allgemeinen und zwingend notwendigen Infrastruktur von Städten und Gemeinden. Aus diesem Grund sind sie bei Wiederherstellung, bzw. grundhaftem Um- und Ausbau eben auch aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren.

Straßen, Plätze und Wege werden nicht nur von den Anwohnerinnen und Anwohnern genutzt, sondern stehen der Allgemeinheit zur Verfügung. Zur Finanzierung jedoch wird nicht die Allgemeinheit herangezogen, auch nicht die tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer, sondern die Eigentümerinnen und Eigentümer der anliegenden Grundstücke. Diese Ungerechtigkeit potenziert sich noch, wenn sie einen Menschen trifft, der diese finanzielle Belastung nicht ohne weiteres schultern kann. Im Einzelfall kann der Straßenbeitrag existenzbedrohlich sein. Daran ändern auch Stundung oder Ratenzahlung nichts. Diese Ungerechtigkeit ist nur abzuschaffen, indem die Straßenbeiträge abgeschafft werden, so wie es in Berlin, Hamburg und Baden-Württemberg bereits geschehen ist.

Darmstadt, 21. August 2018

Michael Siebel
(Fraktionssprecher)